

Die „Weltzeitung“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags am Samstag. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung im Voraus für sechs Monate 1,20 M., im Voraus zahlbar, von der Redaktion selbst abgeholt 1,50 M. Für Postbezugsnehmer (einschließlich Postanweisung) entfallen. Unter Berücksichtigung der Postgebühren für Deutschland und Österreich 1,80 M., für das übrige Ausland 2,20 M. Halbjährlich: 9,00 M., vierteljährlich 4,50 M., monatlich 1,50 M. Fernschreiber: Berlin 2030, 2045, 4510, 4503, 4525, 4540, 4521

Die abendliche Ausgabe erscheint abends 7 Uhr. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung im Voraus für sechs Monate 1,20 M., im Voraus zahlbar, von der Redaktion selbst abgeholt 1,50 M. Für Postbezugsnehmer (einschließlich Postanweisung) entfallen. Unter Berücksichtigung der Postgebühren für Deutschland und Österreich 1,80 M., für das übrige Ausland 2,20 M. Halbjährlich: 9,00 M., vierteljährlich 4,50 M., monatlich 1,50 M. Fernschreiber: Berlin 2030, 2045, 4510, 4503, 4525, 4540, 4521

# WELTZEITUNG

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Das Paradies für Verbrecher

### Kessel amnestiert — Vogel folgt nach — Goethe oder Sternickel?

Die deutsche Justiz hat den Höhepunkt ihrer an Skandalen überaus reichen Geschichte erklimmt. Hauptmann v. Kessel, einer der Hauptankläger bei der Ermordung der 29 Matrosen, ist auf Beschluss der 1. Strafkammer des Landgerichts I außer Verfolgung gesetzt worden. Eine Gerichts-Korrespondenz meldet darüber:

„Bekanntlich waren gegen Hauptmann v. K. im Anschluß an den Marloh-Prozess schwere Vorwürfe erhoben worden, insbesondere nach der Richtung, daß Hauptmann v. K. sich durch sein Verhalten die Tat Marlohs überhaupt erst ermöglicht hätte. Die sofort eingeleitete Untersuchung führte zwar zu dem Ergebnis, daß Kessel, wie Oberst Reinhard eine strafbare Verletzung ihrer Pflicht nicht nachzuweisen sei. Indessen entstand aus diesen Ermittlungen ein Meineidsverfahren gegen v. Kessel, da er in der Voruntersuchung gegen Marloh abgelehnt zu haben und zu wissen, wohin sich dieser begeben habe. Die Verhandlung gegen Kessel mußte wegen einer schweren Erkrankung des Angeklagten abgebrochen und der Haftbefehl aufgehoben werden. Mit der Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ging die Sache an die ordentlichen Gerichte über, und Staatsanwaltschaftsrat Gerlach war von dem Oberstaatsanwalt mit der Vertretung vor dem Schwurgericht beauftragt worden. Von dem Verdictigen v. Kessels wurde vor Andertausend des Termins geltend gemacht, daß selbst wenn der Angeklagte, was dieser nach wie vor behauptet, seine Schuld nicht verweigert habe, das Verbrechen auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 nichtverurteilt werden müsse, denn die ihm zur Zeit geltend gemachte Angelegenheit mit der Abwehr eines gegen das Reich begangenen hochverräterischen Unternehmens zusammen. Kessel habe dem Gardebataillonserführer als Führer einer Kraftwagenstaffel angehört, welcher die Aufgabe zugewiesen war, jenes hochverräterische Unternehmen abzuwehren, das am 3. März zur Verhängung des Belagerungsbeschlusses durch den Reichswehrminister Kossel geführt habe. Der bedauerliche Mißgriff Marlohs, der nach dessen Ansicht sich gegen angebliche hochverräterische Angriffe gerichtet habe, sei für die Regierung in hohem Maße gefährlich gewesen. Wenn v. Kessel, ebenso wie viele auf Seiten der Regierung stehende maßgebende Männer, der Überzeugung gewesen sei, daß die öffentliche Meinung nicht gerade in jenen Tagen durch eine Gerichtsverhandlung gegen Marloh erregt werden dürfe, und ein Gerichtsverfahren gegen Marloh erregt werden müsse, so sei das Motiv des letzteren Prozesses hinausgeschoben werden müsse, so im Sinne des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 gewesen. Auf Grund der Richtlinien des preussischen Justizministers zu dem Amnestiegesetz müsse es als ausreichend angesehen werden, daß v. Kessel die Regierung der schwerwiegenden politischen Verwickelungen bewahren wollte, denn damit seien die Handlungen v. Kessels als durch die politische Situation bedingt nachgewiesen. Die Strafkammer hat sich dieser Auffassung angeschlossen und das Verfahren gegen v. Kessel auf Kosten der Staatskasse eingestellt.“

Diese halboffene Begründung, mit der das Gericht einen Meineidigen außer Verfolgung zu setzen mag, muß jeden Menschen, der noch Schamgefühl besitzt, aufs heftigste empören. Tatsache ist, daß Kessel, Reinhardt und Marloh im März 1919 kein hochverräterisches Unternehmen abwehrten, sondern daß sie selbst die Träger und Förderer eines hochverräterischen Unternehmens waren. Die Märzkämpfe wurden hervorgerufen von den Militärs, die damit die letzten Überreste der revolutionären Truppenteile aus Berlin vertreiben wollten, damit die Bahn frei werde für jene reaktionäre Militärpolitik, die geradenwegs zum Kapp-Putsch führte. Nicht um die Aufrechterhaltung der Ordnung handelte es sich, sondern um einen Racheakt an der Revolution, der in der Abschichtung der 29 Matrosen in der Französischen Straße seine Krönung fand. Dieses Verbrechen hatte mit Politik nichts zu tun, es war rein kriminelles Natur, und gerade deshalb wehrten sich Reinhardt und Kessel mit allen Mitteln gegen eine gerichtliche Untersuchung. Wenn ihr Gewissen rein gewesen wäre, hätten sie die Gerichtsverhandlung nicht zu scheuen gebraucht. So aber wurde gearbeitet mit Lügen und Intrigen, mit Diebstählen und Urkundenfälschungen, mit der Beeinflussung von Zeugen und schließlich leistete Herr Kessel sogar einen Meineid, nicht um den Staat zu schützen, sondern um sich und seine Hintermänner der Strafe zu entziehen.

Das ist der Tatbestand. Aber Kessel hatte einflussreiche Gönner, die bis hinaus in die Spalten der Regierung saßen, er hatte Diebstühle hinter sich, die durch einen inhaltsschwereren Händedruck nachhelfen konnten, wenn die Sache schief zu gehen drohte. Es war schon ein Schlag in das Gesicht des Rechtes, Herrn Kessel kurz vor der Urteilsverkündung aus der Haft zu entlassen — ein Verfahren, dem in der Geschichte der deutschen Justiz nur der Fall Eulenburger zur Seite gestellt werden kann. Die Krankheit hinderte Kessel aber nicht, sich 14 Tage später aktiv am Kapp-Putsch zu beteiligen. Und nun sollte der Komödiant zweiter Teil ein. Der völlig gesunde Mann wurde nicht etwa erkrankt verhaftet, er kam in ein Sanatorium; der Staatsanwalt, der Justizminister, von uns immer wieder zur Rede gestellt, hüllten sich in Schweigen. Sie befolgten eine

Mangentaktik, glaubten die Sache in Vergessenheit bringen zu können, bis sich auf einmal durch das Amnestiegesetz ein Ausweg fand. Damit schloß der letzte Teil der Komödie, durch die nun das Gericht der Volks selbst zeigt, daß es unmöglich, erbärmlich und von niedriger Gefinnung wäre, wenn es einer Rechtspflege, die sich derartige Streiche erlaubt, auch nur noch ein Fünkchen von Achtung oder Respekt entgegenbringen würde. Die Justiz hat sich selbst entlarvt. Sie steht gerichtet vor der Geschichte, ihre Wege müssen zur Verwahrlosung und Entfittlichung des Volkes führen, und man muß sich fürderhin schämen, den deutschen Namen zu tragen, wenn nicht wenigstens noch ein Bruchteil des deutschen Volkes Sinn für Recht und Gerechtigkeit besitzen würde.

Aber nicht genug. Mit denselben „juristischen“ Kniffen, die noch mehr sind, als bloße Verschlagenheit, soll jetzt auch der Oberleutnant Vogel, der Mörder Rosa Luxemburgs, außer Verfolgung gesetzt werden. Die Reaktionäre Herren zerbrechen sich bereits den Kopf darüber, wie sie das Amnestiegesetz am besten auf seinen Fall ausdehnen können. Das Verfahren schweht noch, aber wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß das Gericht einen Ausweg finden wird. Warum soll auch gegen Vogel ein Ausnahmegesetz geschaffen werden? Seine Komplizen sind auf freiem Fuße, die Mörder der „Vorwärts“-Parlamentäre erfressen sich bester Gesundheit, der Mord an Eisner, Haase, Landauer, Kutzan ist ungeahnt, die Schlächter der vier Arbeiterführer im Tegeler Forst spazieren als ehrsame Bürger mitten unter anständigen Menschen, der Mörder Leo Jögiches und Dorenbachs ist Leutnant bei der Sicherheitspolizei in Königsberg, der Mord an den acht Breslauer Arbeitern, die gefoltert, erschlagen, in die Oden geworfen wurden, wird nie einen Richter finden. Ungeahnt werden bleiben die Schlächterei während der Märzkämpfe in Thüringen, im Ruhrgebiet, in Sachsen, Mecklenburg, Berlin und anderswo. Es sind gute Zeiten für Mörder angebrochen. Hier noch mehr Verbrecher herein, auch Meineidige finden eine willkommene Gaststätte. Kommt herbei ihr Schieber, Wucherer, Zuchthäusler, Gauner und Hochstapler aus allen Weltteilen. Die bürgerliche Republik hat selbst die Form abgestreift, sie wagt im Gegensatz zum kaiserlichen Deutschland nicht einmal mehr die schöne Gestalt. Dieses Deutschland, im Zeichen Weimars entstanden, ist nicht mehr das Land Kant's, Fichtes und Goethes! Es ist das Land des Schindlerhannes, des Alts Tullians, des Sternickels geworden. Es ist noch unter die Stufe eines mittelalterlichen Räuberstaates herabgesunken. Es ist ein Paradies für Verbrecher.

### Zeigt mit Fingern auf die Schuldigen

Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt: „Wie alle früheren Urteile, so ist dieser Prozeßausgang eine neue vernichtende Klage gegen das System Gustav Noskes, das die Republik in tiefe Schande und in eine Wüste geritten hat, aus der es so leicht wohl keinen Rettungsweg geben wird. Die Sozialdemokratie mag heute noch so laut über die täglichen Gegenrevolutionen des militaristischen Geistes in Armeekorps, Justiz und Verwaltung jeter: es bleibt ihre unabwähnbare Schuld, mit einem einseitigen Gewaltpolitiker, dem jede Psychologie fehlte, durch die und dünn gegangen zu sein, bis ihn der Kapp-Putsch so überaus blamabel hinwegjagte. Ob es — nach all den Erfahrungen in den Fällen Diebstahl, Luxemburg, Landauer, Kutzan und Paalche — noch Zweck hat, nach einer Revision des Spruches der Strafkammer zu rufen? Wir dürfen den Ruf nach Sühnung des ungeheuerlichen Verbrechens in der Französischen Straße nicht verstummen lassen, wenn wir nicht wollen, daß die heranwachsenden Generationen uns einst dem ewigen Fluche des deutschen Volkes verlegen!“

### Geschüßlager der Orgesch

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Bielefeld: „In der benachbarten Kreisstadt Bielefeld wurden in den Fabrikräumen der Firma Franz Bröne vier vollkommene Geschosse (Kaliber 7,5, aus dem Jahre 1918, mit Proben) gefunden, von der hannoverschen Polizei Bielefeld beschlagnahmt und nach Bielefeld gebracht. Da die Geschüßrohre den Buchstaben „L“ tragen, so vermutet man, daß die Geschüßrohre dem Freikorps Lichtschlag stammen. Grönde behauptet auch, die Geschüßrohre seien im April oder Anfang Mai von einem Offizier der Reichswehr bei ihm eingekauft worden. Er will deshalb der Ansicht gewesen sein, daß er zur Anmeldung bzw. Ablieferung der Geschüßrohre nicht berechtigt gewesen sei, sondern daß dies die Aufgabe der Reichswehr wäre. Munition wurde bisher nicht gefunden, doch werden die Nachforschungen fortgesetzt.“ Vier Geschüß auf einem Gut! Auf tausend anderen, die nicht abgeholt werden, insgesamt somit, daß einige Armeekorps ausgerüstet werden können. Das ist die heimliche Orgesch, von der Herr Simons in seiner neuesten Rede so hübsche Märchen zu erzählen weiß, Märchen für politische Kinder!

## Mahnung zur Umkehr

Der den Rechtssozialisten angehörende Präsident des Reichstags, Paul Löbe, führt neuerdings in der Presse und in Versammlungen einen bemerkenswerten Feldzug. Er richtet sich in der Hauptsache gegen die Regierung, deren reaktionären Charakter er entthüllt. Er wendet sich aber auch gegen seine eigene Partei, der er, wenn auch in sehr vorläufigen Wendungen, den Vorwurf macht, daß sie nicht die nötigen Folgerungen aus der Politik der Regierung ziehe. Er möchte seine Freunde in eine entschlossene Oppositionsstellung hineindrängen, und er sucht sie davon zu überzeugen, daß es nur von Vorteil sein könne, wenn die Deutschnationalen, deren Einfluß von Tag zu Tag wächst, durch den Eintritt in das Kabinett auch die tatsächliche Verantwortung mit übernehmen.

In einer Zeit, in der man schnell lebt und schnell vergeht, ist es recht häufig notwendig, die Erinnerung auch an noch nicht weit hinter uns liegende Geschehnisse wieder wachzurufen. Wie war es nach den Wahlen vom Juni? Es gab keine klare parlamentarische Mehrheit, und die Rechtssozialisten wandten sich zunächst an uns, um uns über unsere Bereitwilligkeit zur Teilnahme an der Regierung zu befragen. Wir lehnten ab, weil für uns eine Koalition mit bürgerlichen Gruppen (schlechterdings undiskutierbar war. Nach unserer Auffassung sollte die bürgerliche Majorität die Geschäfte übernehmen.

Es wurden dann einige andere Kombinationen versucht. Die Deutsche Volkspartei, die einen scharfen Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie beider Richtungen geführt und ihren Wählern die Befreiung von den roten Ketten versprochen hatte, legte plötzlich den größten Eifer an den Tag, die Rechtssozialisten für eine neue Koalition zu gewinnen, und erst als diese nach einigem Schwanken ablehnten, kam das gegenwärtige Kabinett zustande, gebildet aus Parteien, die nicht über eine Mehrheit im Reichstag verfügen. Die Deutschnationalen (sowohl wie die Sozialdemokraten) blieben draußen. Die Rechtssozialisten aber erklärten sich zu einer wohlwollenden Neutralität bereit. Sie wollten der Regierung keine Schwierigkeiten machen und einstweilen ihre Taten abwarten.

Sie glaubten damit wahrscheinlich eine ganz besonders schlaue Taktik einzuschlagen. Ohne sich unmittelbar durch ein Zusammengehen mit den Stinnesleuten bloßzustellen, wollten sie doch den Finger in der Pastete behalten und bilden sich ein, daß die Sorge vor dem Verlust ihres Wohlwollens das Kabinett zu einer in all gemeinen links gerichteten Politik und zur Rücksichtnahme auf die Forderungen der Arbeiterschaft nötigen werde.

Wir haben von Anfang an erwartet und auf die Fehler in dieser Berechnung hingewiesen. Eine rein kapitalistische Regierung wird eine rein kapitalistische Politik treiben, und das umso mehr, wenn außerhalb ihres Bezirks noch eine bürgerliche Partei steht, deren Stimmen genügen, um ihr eine Mehrheit zu sichern. Die Haltung der Rechtssozialisten ließ darauf hinaus, daß sie, ohne im Ministerium zu sitzen, Handlungen deckten, deren Tendenz von vornherein nicht zweifelhaft sein konnte.

Die Ereignisse haben uns in vollem Umfang Recht gegeben. In der inneren so gut wie in der auswärtigen Politik ist die Regierung immer mehr nach rechts abgerückt. Sie wirtschaftet, oder besser gesagt, sie wurselt nach kapitalistischen Rezepten fort und treibt das deutsche Volk in immer größeres Elend hinein. Die Deutschnationalen machen zwar immer noch Opposition, aber ihr Kampf ist in der Hauptsache Spiegelfechterei, und sie wissen sehr genau, daß der Kurs kaum ein anderer sein könnte, wenn sie selbst im Kabinett lägen.

Bei zahlreichen Gelegenheiten hat sich das wahre Wesen der herrschenden Koalition kundgetan. Wir brauchen nur an die Debatten über das Wirtschaftsmiisterium und das Ernährungsministerium im Reichstag zu erinnern. Aber zwei Gegenstände seien noch besonders hervorgehoben. Der eine liegt auf dem Gebiet der inneren Politik. In der Frage der Sozialisierung ist nichts geschehen. Die Regierung hat auf jede Initiative verzichtet und überläßt alles dem Reichswirtschaftsrat und seiner famosen Verständigungskommission, die mit immer neuen und immer unmöglicheren Vorschlägen und Entwürfen nur den Zweck verfolgt, die Lösung des Problems immer weiter hinauszuschieben. Und in der auswärtigen Politik beweisen die neuesten Reden Simons, daß er sich von seinem ursprünglichen Standpunkt mehr und mehr hat abdrängen lassen und unter dem Einfluß der Radikale in München und Berlin Wege beschreitet, an denen die Nationalisten auf der Rechten ihre allergrößte Freude haben.

Die rechtssozialistische Partei aber hat aus allen diesen Erfahrungen bisher nichts gelernt. Sie begehrt gelegentlich einmal auf, sie schilt und sie droht, aber sie kann sich nicht entschließen, die Linie zu verlassen, die sie im Juni dieses Jahres bezogen hat. In kritischen Momenten deckt sie noch immer die Herrschenden, und sie bringt nicht den Mut auf, aus ihrer freundlichen Passivität herauszutreten und in eine wirkliche Oppositionsstellung einzurücken. So, es werden in ihren Reihen noch Stimmen laut, die die Rückkehr zu den Fleischtopfen der Regierung

beantworten und glauben machen wollen, alles Unheil rühre von der Zimperlichkeit her, mit der man die Gemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt habe.

Ob die Bemühungen Löbes unter diesen Umständen Erfolg haben werden, ist mehr als zweifelhaft, und wir möchten einwenden annehmen, daß sein Ratsschlag, die Deutschnationalen zur Uebernahme der Verantwortung zu zwingen, von seinen Freunden mit Ausruhen des Entsetzens über die Eröffnung einer solchen Möglichkeit beantwortet werden wird. Sie werden auf die Gefahren hinweisen, die innen und außen die Teilnahme der Helferrische an der Regierung im Gefolge haben müsse, und sie werden die Ausschaltung dieser Kreise mit dem Verzicht auf eine grundsätzliche Opposition gegen das gegenwärtige System nicht für zu teuer erkaufen halten.

In der Tat bestehen die Gefahren, und auch wir schätzen sie wahrhaftig nicht gering ein. Aber sie werden dadurch nicht verringert, daß ein demokratisch-Merkmal-volksparteiliches Ministerium in allen Dingen von Belang das tut, was die Deutschnationalen wünschen. Helferrisch als Souffleur ist jedenklicher, denn Helferrisch als Schauspieler. Nichts kann ihm und seinen Freunden genehmer sein, als die Rolle, die sie zurzeit spielen. Man soll sie zwingen, in das helle Kampenlicht zu treten, damit sie vor aller Öffentlichkeit zeigen, was sie können. Vor nichts haben sie größere Angst, denn es würde sich alsbald herausstellen, daß ihre Kraft nur in ihrem Maulheldentum besteht, und daß weder ihr Programm noch ihre Fähigkeiten ausreichen, den Wiederaufbau Deutschlands durchzuführen. Sie, die jetzt nur davon leben und dadurch erstarken, daß ihnen noch keine Gelegenheit gegeben war, ihr Unvermögen zu demonstrieren, würden sehr bald abgewirft werden, wenn sie sich nicht mehr darauf beschränken könnten, den Mund zu spitzen, sondern pfeifen müßten.

Wir haben sogar die Sorge, daß sie sich einwickeln noch gar nicht bereit finden würden, die Hand ans Steuer zu legen. Das wäre bedauerlich. Aber auf jeden Fall kämen wir, durch den Verzicht der Rechtssozialisten auf ihre offiziellen Regierungsstellen, aus der gegenwärtigen, verlogenen Situation heraus. Indessen, Lööbe predigt tauben Ohren. Der Geist, der an den maßgebenden Stellen der Sozialdemokratischen Partei herrscht, ist nach wie vor der Erkenntnis der proletarischen Notwendigkeiten feindlich. Man hat sich von der Krankheit des Vätertums mit dem Kapitalismus noch nicht erholt, und wenn sich nicht eines Tages die Massen aufrufen, und eine andere Kur energisch verlangen, wird der Gesundungsprozess sich niemals vollziehen.

## Eine Stimme aus der Wüste

Die Illusionenpolitik der Rechtssozialisten

Die „Chemnitzer Volksstimme“, das Blatt des linken Flügels der sächsischen Rechtssozialisten, schreibt in ihrer Mittwoch-Nummer einen scharfen Artikel gegen die Leute ihrer Partei, die ein Bündnis mit der Deutschen Volkspartei für möglich halten. Noch bei der Neubildung der sächsischen Regierung war es die Dresdener Richtung unter Führung von Sinnermann, die lieber mit der Sinnespartei als mit der unabhängigen Sozialdemokratie zusammenarbeiten wollte. Diesen Leuten sagt die „Chemnitzer Volksstimme“, daß sie damit „bewußt oder unbewußt“ den Boden des Klassenkampfes verlassen hätten. Die Eroberung der politischen Macht sei nicht nur Angelegenheit einer proletarischen Partei, sondern des Gesamtproletariats, das nach sozialistischen Grundfragen orientiert sei. Es wäre darum „Verrat an unserer Sache“, würde nicht dem in die Minderheit gedrängten Bürgertum eine geschlossene Phalanx des Proletariats entgegengesetzt und alle Mittel erschöpft werden, um den Besitz der gesamten Regierungsgewalt zu erlangen. Das Blatt sagt weiter, daß nach der zerschmetternden Niederlage im Kriege die Rechtssozialisten in die Bresche gesprungen seien; heute aber würden sie von den Rechtsparteien, die sie damals auf den Knien angefleht hätten, als Verbede, Bordellwirte und Händler mit Spülklosetts durch den Kot gezogen. Die „Chemnitzer Volksstimme“ bemerkt schließlich:

## Schmied

Von Hans Stenzen.

„In der freien Welt“ ist vor einigen Monaten die reizende Fingerringe des von Rudolf Johannes Schmid „Caritas und Nicias“, erschienen. Das Buch ist leicht, schön illustriert, leicht zu lesen, im Verlag Erich Metz herausgegeben. Da nur sehr wenig im Verlag Erich Metz herausgegeben. Da nur sehr wenig im Verlag Erich Metz herausgegeben.

Eines Abends ging ich mit Schmid spazieren. Schmied war ein Dichter aus Argentinien. Wir gingen den Kurfürstendamm entlang, es war Herbst, über gefallenes Laub nach Charlottenburg. In einer Aneide am Bahnhof war der Rotwein noch billig. Ich ließe diese Lichte an den Gleisen der Bahn, besonders in der Dämmerung, wenn es noch nicht ganz dunkel ist. Schmied erzählte von Buenos Aires. Er hatte als Knabe mit seinem Bruder dort auf dem Dampfer nach Deutschland gewartet. Er kam aus den Pampas. Buenos Aires war die erste Stadt, die er in seinem Leben sah. Weiße Häuser, grüne Gärten, Palmen in den Anlagen und aus offenen Fenstern Musik. In dem Hotel eine Wasserleitung. Abends sah man auf den Dächern in Zelten. Beranden aber auch einfach so unter den Sternen des Himmels.

Eines Tages sollte ein Dampfer nach Frankreich fahren. Am Ufer der Landungsbrücke stand eine Dame. „Weißt Du,“ sagte er, „so französisch, wie man sie eigentlich nur in Genf sieht.“ Sie hatte ihren Sohn ins Boot gebracht. Aber es stellte sich nachher heraus, daß es vielleicht gar nicht einmal ihr Sohn war. Sie sah hinunter in das Boot, in dem er saß. Ein etwa fünfzehnjähriger Junge, sehr gut gekleidet. Er lag auf seiner Bank und sah, während das Boot im Wasser schaukelte, unverwandt zu ihr hinauf.

„Das ist nun mehr als zwanzig Jahre her. Ist es nicht sonderbar, daß man solche Sachen in mehr als zwanzig Jahren nicht vergißt, zwischen Europa und Amerika?“ Ja, es war sonderbar. Wir tranken den Wein. Schmied unterdrückte sich. In der Wand hinter unserm Sofa gab es nämlich einen Geist. Schmied konnte mit ihm sprechen. Wenn er das Gesicht in den Händen vergrub und lautlos rief, dann antwortete der Geist. Etwas wie eine Gasse, wie das Klugehen auf der Bühne, wenn in Macbeth der Mord geschieht. Schauerlich. Aber manchmal antwortete der Geist auch nicht. Heute antwortete er nicht. Und Schmied erzählte weiter.

„Es habe so ausgesehen, sagte er, als hätten die beiden, die Dame und der Junge, sich zum Abschied noch viel zu sagen gehabt.“

Wir nehmen den Deutschen das nicht übel, im Gegenteil, wir sind ihnen für diese Demaskierung dankbar. Das erleichtert uns die Arbeit. Wir haben niemals das Vertrauen des Genossen Koste geteilt, daß ein Offizier nicht seinen Eid breche. Heute liegt die Illusionenpolitik eines David, Heine, Parnus, Leusch, zerschmettert am Boden. Sehr sehr unangenehme Erinnerungen sind mit ihrem Namen verknüpft. Der Erfolg der Dinge ist bestimmend für die Taktik!

Die Rechtsprechung in einem Staate ist ein Manometer, dessen Stala uns die Spannungen im Staatskörper anzeigt. Noch nie hat die Klassenjustiz solche Triumphe gefeiert als jetzt, noch nie hat das Volk so im tiefsten Ekel ausgepukt vor solcher Rechtsprechung. Das sollte uns wahrlich zeigen, wie sehr und wie schmerzhaft uns der Klassenkampf von jener Seite eingeschümmert wird.

Zu der Wassepolitik, so nannten unsere Alten diese fest-lame Taktik noch festlicher Heiliger, die „sehen und doch nicht hören, hören und doch nicht hören.“

Oder sollten sie vielleicht doch sehen und hören? Dann wäre es allerdings höchste Zeit, wieder einmal ernst mit ihnen zu reden! Es gibt nur ein Links und Rechts — und dazwischen der Sumpf!

Wenn man so hört, könnte leichtlich scheinen. Aber in der Praxis ist die rechtssozialistische Partei bisher noch immer nicht von der Taktik des Burgfriedens abgewichen, die sie während des Krieges und nach dem Kriege ausgeübt hat. Die Namen, die der Artikel der „Chemnitzer Volksstimme“ nennt, haben bei den Rechtssozialisten noch heute einen guten Klang. Sie erfreuen sich noch des vollen Vertrauens ihrer Partei, wie besonders der Fall Koste beweist, der nach seinem Bankrott in der Regierung noch auf den hannoverschen Oberpräsidentenposten klattern konnte. Nicht aus solchen scharfen Worten darf man deshalb die rechtssozialistische Partei beurteilen, sondern lediglich nach ihren Taten. Und diese Taten sind noch immer so, daß der Artikel der „Chemnitzer Volksstimme“ nicht anders wirkt, wie die Stimme des Predigers in der Wüste.

## Untertänigste Rebellion

Die „echten“ Kommunisten gegen die „sympathisierenden“

In aller Bescheidenheit erlaubt sich Herr Paul Levi in der heutigen „Roten Fahne“ zu bemerken, daß er mit der Aufnahme der R.A.P.D. als sympathisierende Partei in die kommunistische Internationale nicht einverstanden sei. Es trenne die beiden Parteien so vieles, daß ein Zusammenarbeiten nicht möglich sei. In den kommenden Monaten werde die Arbeit in den Gewerkschaften das Zentrum der kommunistischen Tätigkeit überhaupt sein. Hört es also, Ihr Arbeiter, welche Arbeit die Kommunisten als ihre wichtigste ansehen? Nicht den Kampf gegen das Kapital, sondern die Zertrümmerung der Gewerkschaften, des letzten noch geschlossenen Bollwerks der Arbeiterklasse gegenüber der einigen Front der Bourgeoisie! Diese Arbeit, so sagt Levi weiter, könne nicht geleistet werden „ohne ganz klare, nach Mittel wie nach Ziel hart umrissene Tätigkeit.“

Wir in der vereinigten kommunistischen Partei haben uns diese Klarheit geschaffen, und wir glauben, daß wir in diesen Fragen wie auch in anderen Fragen, die volle Autorität der kommunistischen Internationale hinter uns hätten. Wir geben auch nach wie vor zu, und nehmen nach Privatmeinungen, die wir erhalten haben, an, daß auch die kommunistische Internationale bzw. das Exekutivkomitee diese unsere Auffassung nach wie vor teilt. Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale aber muß sich dessen bewußt sein, daß diese Einseitigkeit unseres und seines Standpunktes unannehmlich verloren gegangen ist. Es werden im Namen der kommunistischen Internationale zwei sprechen: die Mitglieder und die Sympathisierenden. Die Mitglieder werden ihre Meinung gegen die Sympathisierenden und die Sympathisierenden ihre Meinung gegen die Mitglieder vertreten, und die Arbeitermassen, vor denen das Schauspiel sich abwickelt, werden daraus nicht den Schluß ziehen, welche wunderbar sein dialektisch gekulte Gehirn in der kommunistischen Internationale nebeneinander wohnen, sondern den näherliegenden Schluß, daß die kommunistische Internationale nicht wisse, was sie wolle. Es kann absolut kein Zweifel sein, daß die Situation, die das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale jetzt geschaffen hat, weder für uns, noch für die R.A.P.D. zuträglich,

für die kommunistische Internationale aber selbst im höchsten Grade abträglich sein wird.“

Schneller als man erwarten konnte, ist eingetreten, was von uns vorausgesagt worden war. Die Moskauer Internationale sieht ihre Aufgabe nicht darin, die Arbeiterklasse zu einen und sie gemeinsam in den revolutionären Kampf gegen das Kapital zu führen, sondern sie sieht ihn darin, das Proletariat zu spalten und seine Organisationen zu zerschneiden. Und diese Arbeit setzt sich jetzt in den eigenen Reihen der kommunistischen Parteien fort. Wenn es nicht für die gesamte Arbeiterbewegung so unsagbar traurig wäre, so müßte man für die Leute um Levi und Däumig, die jetzt als betrogene Betrüger dastehen, ein Lachen der Schadenfreude haben. Aber damit ist der Arbeiterklasse nicht geholfen. Alle Arbeiter, die sich das klare Denken noch nicht angewöhnt haben, werden an diesen Auseinandersetzungen sehen, wohin der Weg führt, den die Moskauer Internationale weist. Sie werden mit Paul Levi nicht nur sagen, daß die Kommunisten nicht müßten, was sie wollten, sondern sie werden sich mit Verachtung von diesen Leuten abwenden, die durch ihre Tätigkeit zu Schleppenträgern der Reaktion geworden sind. Daran wird auch die untertänigste Rebellion, die Herr Paul Levi gegen die Moskauer Internationale jetzt ausführt, nichts ändern können.

## Die lettische Sozialdemokratie gegen Moskau

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Riga, 23. Dezember.

Vom 18. bis 20. Dezember fand in Riga der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Lettlands statt. Es waren 150 Delegierte von 67 Organisationen anwesend. Der Parteitag lehnte mit allen gegen 13 Stimmen die Bedingungen der dritten Internationale ab und bestätigte den Beschluß des Zentralkomitees, an der Wiener Konferenz teilzunehmen. Am Schluß des Kongresses drangen einige Offiziere in den Sitzungsraum ein und versuchten, Unruhe hervorzurufen. Sie wurden jedoch von den Delegierten festgenommen und der Stadtkommandantur übergeben.

## Ungünstige Verkehrsverhältnisse im Westen

Nach einer Meldung aus Essen waren in der vergangenen Woche die Betriebsverhältnisse der Eisenbahn außerordentlich kritisch, zumal infolge des Frostes die Wasserstraßen gegen Ende der Woche fast ganz unbenutzbar waren. Die angeordneten scharfen Sperrmaßnahmen konnten für einzelne Bezirke inzwischen wieder aufgehoben werden. Die Bestellung und Verteilung der Beiwagen auf den einzelnen Schachanlagen infolge mangelhafter und kostweller Zufuhr war nach wie vor sehr schwierig und unregelmäßig, so daß betriebliche Schwierigkeiten für einzelne Züge nicht ausbleiben konnten. Die werktägliche Waggengestellung betrug 19 269 Wagen, gegenüber 21 900 Wagen in der vorausgegangenen Woche. Die Festziffern erreichten im Durchschnitt 5121 Wagen (2008 Beiwagen). Die Lagerbestände gingen von 535 081 auf 644 572 Tonnen am 18. d. M. in die Höhe. Der Abtransport auf dem Rhein selbst noch immer außerordentlich unter unzureichendem Wasserstande; rheinwärts können einströmen nur die dringlichsten Befrachtungen ausgeführt werden, und zwar auch nur bis Köln, höchstens bis Koblenz. Der Umschlag der Rippel in den Duisburg-Ruhrorter Häfen ging von 14 841 Tonnen werktäglich auf 12 654 Tonnen zurück. Der Kanalverlauf ist infolge des Eises in der vorigen Woche ganz zum Erliegen gekommen. Der Umschlag der Kanalhäfen betrug 15 118 Tonnen (19 700 Tonnen) werktäglich. Seit dem 21. Dezember ist der Verkehr durch die Endschleusen wieder aufgenommen worden. Der Verkehr nach Osten und Norden kann aber erst allmählich wieder in Gang kommen, einmal wegen der eingetretenen Schiffschwierigkeiten und zum anderen wegen der noch nicht zu Ende geführten Eisbrecharbeiten. Seit dem 23. Dezember ist der Dortmund-Ems-Kanal bis Münster und der Ems-Hannover-Kanal bis Minden wieder beschifbar.

Aus dieser Darstellung scheint hervorzuergo, daß die Eisenbahndirektion die Schuld an diesen Verhältnissen trägt, da sie nicht rechtzeitig für die Bestellung leerer Wagen gesorgt hat.

## Saenisch läßt einsperren

Schnitzers „Reigen“ im Kleinen Schauspielhaus. Im Kleinen Schauspielhaus ist gestern Abend Schnitzers „Reigen“ unter den erstaunlichsten Umständen gespielt worden. Das Werk, das vor 20 Jahren erschienen und in etwa 75 000 Exemplaren verbreitet ist, konnte bisher, gegen die Absicht des Dichters, nicht aufgeführt werden, weil die Polizei es „unästhetisch“ fand. Inzwischen haben wir aber eine Revolution erlebt, die zwar die Zensur abgeschafft und dies sogar in der Verfassung (Artikel 118) festgesetzt hat, die aber auch, ein Unglück kommt selten allein, Herrn Saenisch direkt von der Werkbank und aus der Gartenlaube ins Kultusministerium gebracht hat. Und infolgedessen ist es nun erreicht, daß die Polizei nicht mehr die Betten der Dichter durchschneidet, ob dort etwas Verbotenes liegen geblieben ist. Herr Saenisch aber die Gerichte aufruft, die Aufhebung des „Reigen“ zu verbieten, gegen den die Berliner Polizei vernünftiger Weise nichts mehr einzuwenden hat.

Jeder, der die deutschen Feste kennt, wird nun voll Reugier fragen, wie der Saenisch es fertig gebracht hat, sich vor den Richtern als Berufener zu seiner Verbotsbitte zu legitimieren. Das war nun nicht so schwer. Gibt es doch nicht nur Richter, sondern auch Rechtsanwältinnen und Geheimräte in Berlin. Und die alle zusammen knokelten aus, daß das Theater, in dem dieses Schandstück gespielt werden soll, im Gelände der Staatlichen Musikhochschule liegt, daß die Musikhochschule dem preußischen Kultusminister untersteht und daß das Theater einen Pachtervertrag mit der hohen Behörde geschlossen hat (vor der Revolution), laut dem es keine Werke aufführen darf, die das religiöse, moralische, sittliche Gefühl verletzen. (Das monarchische Gefühl ist nicht extra erwähnt, aber selbstverständlich miteingeschlossen.) So hatte denn das Kultusministerium die Möglichkeit, dem Richter zu sagen: Schnitzers „Reigen“ ist ein Stück, das aus zehn Szenen besteht. Jede Szene endet im Liebesbett, nur eine im Ehebett. Die Aufführung dieses Schandstückes stellt einen Vertragsbruch dar (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit), das Gericht hat daher durch einstweilige Verfügung diesen Vertragsbruch zu verbieten.

Vor Beginn der gestern angelegten Aufführung trat Gertz und Gylt vor den Vorhang und stellte den Fall kurz dar. Nach ihrer Ansicht handelt es sich um nichts anderes, als um den Versuch der Behörde, das Theater herauszuschmeißen und den Saal, der für Schulmode gebraucht wird, freizubekommen. Das Kultusministerium hat nichts getan, um sich vom Charakter des Stückes und der Aufführung zu überzeugen. Es hat, trotz wiederholter Bitte des Theaters, es nicht der Mühe wert gefunden, eine Probe oder die Generalprobe zu besuchen. Es hat dagegen bei Gericht erreicht, daß die Polizei und ihr Richter für jede Aufführung

Aber die Entfernung war zu groß. Sie hätten schreien müssen. Deshalb schwiegen sie.

Und nun kam auch noch der Vater. Er kam in einem Wagen aus der Stadt. Er erschandigte sich, weil er fast zu spät gekommen wäre. Aber die beiden hätten wohl lieber gesehen, wenn er überhaupt nicht mehr gekommen wäre. Er rief nämlich mit lauter Stimme noch viele Ermahnungen in das Boot hinunter. Der Junge antwortete nicht und die Dame schwieg. Feindselig schweig sie. Aber nun fuhr das Boot ab, und da beugte sie sich rasch ganz weit über das Geländer hinunter und lehte an, noch etwas zu sagen. Aber das hätte der Junge nicht mehr gehört. Da beugte sie sich noch weiter vor und rief, so laut sie es konnte, hinunter: „Denk!“

Und nun stand plötzlich der Junge auf seiner Bank, obwohl das Boot schon fast zu schwanen anfang, redete sich hoch und rief: „Niemals!“ Er war ganz bleich, hob die Hand empor und rief, als ob er ihr schwören wollte, noch einmal: „Niemals, Niemals, Niemals!“ Und dabei sah er in ihr Gesicht. Als ob sie gerufen hätte: „Komm wieder“, oder vielleicht auch „Berg dich nicht!“

„Ich liebte den Jungen, wie er so dastand, und die Dame noch mehr. Aber ich habe den Vater. Verstehst du das?“

„Ich habe sie dann noch wiedergesehen. Sie wohnte im selben Hotel wie ich. Sie spielte Klavier. Ich habe das immer noch in Erinnerung, wie sie mitten in einem Walzer abbrach und an das Fenster kam. Wie die Sehnsucht selbst.“

„Ich glaube, das war meine erste Liebe. Ich liebte sie, und ihren Jungen liebte ich auch. Ich glaube nicht, daß es ihr Sohn war. Ihr Stiefsohn vielleicht? Und der Vater wird ihn forgeschickt haben aus Eifersucht. Was meinst du? Sie liebten sich, die beiden. Sicher, sie liebten sich! Er war ein kleiner Kavaller.“

„Ich weiß nicht genau mehr, ob Schmid mit das wirklich erzählte. Aber wenn ich an ihn denke, wie er so dastand, ein wenig verwirrt, ein wenig verwirrt wie in der Verbannung, aber ein König, ein Fürst, ein Edelmann, ein Dichter, mit leuchtenden, unendlichen gütigen Augen, so ist mir doch, als hätte er mir das erzählt.“

„Tolle Welt! tolle Welt!“ so pflegte er zu sagen. „Aber Draft, du herrlicher Camarado!“

Frangösische Inschriften auf Reliquienkästern. Im „Journal du Peuple“ finden wir folgende Inschriften, die sich auf dem französischen Kriegesriedhof in Tarnos befinden:

Der Krieg war niemals etwas anderes als das Elend der Völker. — Gedenkt euch daran!

Die Menschheit kennt nur einen Weg, den des Friedens. Denen, die im Glauben gestorben sind, die höchsten Kräfte der Menschheit zu verdanken!

Diese Grabinschriften beweisen mehr als alles Gerede vom Saß, wie friedliebend und kriegsfeindlich das französische Volk ist.

# Der Entente-Imperialismus

In der französischen Kammer hat bei der Beratung über die vorläufigen Kredite für die Monate Januar und Februar 1921 der kürzlich zurückgetretene Kriegsminister André Lefèvre in einer Rede die Gründe seines Rücktritts dargelegt. Diese Rede ist ganz erfüllt von eben der nationalpolitischen Beschränktheit, die wir bei unseren alldeutschen und ihren kleineren Brüdern gewöhnt sind. Lefèvre erklärte, die Gründe seines Abgangs seien nicht in der Art und Weise zu suchen, in der die Militärgeheime in seiner Abwesenheit vom Ministerrat angenommen worden seien. Er verkenne die finanzielle Lage nicht, aber man dürfe doch nicht zugeben, daß man Deutschland für den Wiederaufbau der besetzten Gebiete und für die Zahlung der Pensionen Geld vorschleie. Die vorliegenden Budgets betragen die Summe von 16 Milliarden. Man lehne Deutschland Geld zu 6 Prozent, wofür man selber 6 Prozent zahlen müsse. Frankreich sei also der Bankier Deutschlands. Er stelle deshalb die Frage, ob Frankreich Sieger sei.

Er bedauere, daß der Ministerpräsident gesagt habe, Frankreich dürfe nicht des Imperialismus beschuldigt werden. Sei das Imperialismus, wenn man Elsass und Lothringen wieder zurückverlange und das Mandat in Syrien ausführe? (Abg. Cazin ruft dazwischen: Ja! das ist Imperialismus.) Wenn Frankreich für seine Sicherheit Sorge, dann dürften sich Italien und England nicht wundern. England habe auch 860 000 Mann und 180 000 Matrosen unter den Waffen. Frankreich habe die Macht am Rhein, wie die Gallier vor 2000 Jahren. Man dürfe nicht mit dem Schicksal des armen Deutschland Mitleid haben. (Lachhafter Beifall.) Warum verlange man nicht von Deutschland die Summe, die es bezahle, wenn Deutschland bereit sei, seine Fehler einzusehen, und wenn es die Sicherheit gebe, nicht wieder anzufangen, dann könne man sich leicht mit keiner Entwarnung zufriedengeben. Frankreich müsse genügende militärische Mittel besitzen, um die tschechoslowakische, die polnische und die rumänische Mauer, die den Germanismus verhindern, fest mit dem Bolschewismus zu verbinden, aufrechtzuerhalten. Frankreich verdanke man den Sieg von Maritzau, Frankreich trage allein, wie zu Beginn des Krieges, die Kosten der Anstrengungen. Man müsse immer bedenken, daß 60 Millionen Deutsche und 80 Millionen Russen sich gegen den Osten nach Indien und gegen den Westen nach dem Rhein wenden könnten.

Herr Lefèvre will der Welt glauben machen, und diesleicht weiß er es auch nicht besser, daß die Barriere, die die Entente zwischen Mittel- und Osteuropa aufgerichtet hat, die germanisch-bolschewistische Verbindung verhindern soll. In Wirklichkeit hat der französisch-englisch-italienische Imperialismus den Osten von Mitteleuropa abgeschnürt, um ein ungeheures mächtiges Ausdehnungsobjekt zu bekommen. Es soll mit aller Macht verhindert werden, daß sich in den mitteleuropäischen Staaten gesunde Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnisse herausbilden. Aus diesem Grunde sind die oft gegen jede geographischen, ethnographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen verlaufenden Grenzfestsetzungen erfolgt. Die von der Entente neuerschaffenen oder von ihr abhängenden Staaten in Mittel- und Osteuropa sollen durch diese Abschneidung von den gegebenen, durch jahrzehnte- und jahrhundertelange Beziehungen verbundenen Wirtschaftsgebieten abgedrängt und gezwungen werden, sich wirtschaftlich ganz nach dem Westen zu orientieren. Das ist der eigentliche Grund der Barrierepolitik, und das ist auch Imperialismus. Der Aufrechterhaltung dieser Politik dient der Entente-militarismus und es ist nicht mehr als eitel Geiz, wenn man sich in Genf, natürlich ohne jeden Erfolg, über Abrüstung untersteht. Die Absichten des Entente-Imperialismus werden keine Abrüstung. Will man abrücken, so muß man die Ursachen der Rüstungen beseitigen. Damit würde sich die kapitalistische Bourgeoisie selbst aufheben.

## Eine sächsische Königspartei

Wie die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ von angeblich zuverlässiger Seite erfahren, steht die Gründung einer sächsischen Königspartei nach dem Muster der bayerischen Königspartei unmittelbar bevor. Die neue Partei, deren Begründer der deutschnationale Volkspartei nahesteht, wird sich von dieser hauptsächlich dadurch unterscheiden, daß sie nicht nur grundsätzlich die Wiederherstellung der monarchischen Staatsform

erstrebt, sondern die Wiedereinsetzung des ehemaligen sächsischen Königshauses herbeiführen sucht.

Herrlichen Zeiten führen die Deutschnationalen das deutsche Volk entgegen. Wenn erst wieder in den 26 deutschen Freistaaten alle Könige, Fürsten, Herzöge in Amt und Würden eingesetzt sind, dann wird mit einem Schlage alle Not und alles Elend verschwinden.

## Weihnachtsmärchen

### Die Orgeßnote des Herrn Simons

Herr Dr. Simons hat in seiner neuesten Orgeßnote seinen bisherigen Leistungen auf diesem Gebiete die Krone aufgesetzt. Er hat sich mit Haut und Haar den Orgeßleuten verschrieben und paßt nun erst voll und ganz in dieses Stinnes-Kabinett. Herr Dr. Simons bestreitet wiederum schlangweg den militärischen Charakter der Selbstschußorganisationen, er bestreitet auch eine mögliche Verbindung der ostpreussischen Drismehren, der Reichswehr und der bayerischen Wehren. Dabei ist sich kein starblicher Politiker im Zweifel, daß es nur des Anstoßes von rechts oder einer Neuaufgabe der Kappiade bedarf, um Reichswehr, Orgeß und das ganze Selbstschußgeschmeiß zu einer Front zusammenzuschmeißen. Es verlohnt sich nicht, mit Dr. Simons darüber zu streiten, was unbestreitbar feststeht.

Der Außenminister zeigt nun in seiner Note aber auch eine neue Seite seiner Begabung, sein Erzähler-talent. Mit echter Lust am fabulieren malt er die Schwere der kommunistischen Gefahr an die Wand, die zwar den Franzosen wegen ihrer komplizierten Lagerung nicht erkennbar, aber nichtsdestoweniger ungeschwächt vorhanden sei. Hören wir, was Herr Simons dichtet:

Die Annahme, daß die kommunistische Gefahr, auf die ich in meiner Note vom 9. Dezember bei der Schilderung der bayerischen Verhältnisse unter anderem hingewiesen hatte, für Deutschland überwunden sei, kann leider nicht als zureichend betrachtet werden. Ich habe allerdings der Ansicht Ausdruck gegeben, daß durch das Austreten der russischen Soldlinge auf dem Kongress der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands in Halle manchem die Augen geöffnet worden seien. Meine Hoffnungen sind aber nicht soweit gegangen, daß ich geglaubt hätte, mit einer Bedrohung von dieser Seite nicht mehr rechnen zu brauchen. Wenn meine Äußerungen in der Unterredung vom 9. November anders aufgefaßt worden sind, so liegt ein Mißverständnis vor.

Aus der Zahl der in Bayern abgegebenen kommunistischen Wahlstimmen kann keineswegs gefolgert werden, daß bei etwaigen Unruhen die Zahl der Kämpfer nicht über die der kommunistischen Wähler hinausgehen werde. Gelingen es einigen radikalen Elementen, die Straße aufzurufen, so müßte mit weit größeren Massen gerechnet werden. Die Gefahr wächst mit der wirtschaftlichen Not, die gegen Ende des Wirtschaftsjahres in besonders bedenklichem Grade zunimmt. Daß die dagegen zur Verfügung stehenden regulären Kräfte die in der Note vom 11. Dezember genannte Zahl nicht erreichen würden, ist aus meiner Note vom 9. Dezember ersichtlich.

Herr Dr. Simons könnte mit Recht der „Theoretiker der Orgeß“ genannt werden, so gründlich bemüht er sich nach allen Regeln einer kniffligen Dialektik so etwas wie eine kommunistische Gefahr zu konstruieren. Fatalerweise ist ihm wieder ein Mißverständnis unterlaufen, wir wissen nicht, das wiederleiste es ist seit seiner Laufbahn.

Nachdem der Boden also genügend vorbereitet ist, holt Herr Simons zum entscheidenden Schlage aus:

Um der Bevölkerung in Ostpreußen wie in Bayern das Gefühl der Sicherheit zu geben und sie vor Gefahren zu schützen, die nur allzu drohend sind, ist es im Augenblick noch nicht angängig, dort zur vollständigen Entwarnung der Selbstschußorganisationen zu schreiten.

Und dann kommt die Bitte, die Entente möge sich doch diesen Gründen nicht verschließen und der deutschen Regierung in dieser Sache keine weiteren Schwierigkeiten machen. Fehlt nur noch die Berufung auf das bevorstehende Weihnachtsfest mit seinem „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“, und das Weihnachtsmärchen ist fertig.

Aber im Ernst gesprochen: Das, was die deutsche Regierung durch ihren Außenminister der Entente sagen läßt, ist die nackteste Unwahrheit. In zahllosen Fällen ist

die enge Verbindung zwischen Reichswehr und Selbstschußorganisationen aufgedeckt. Die Selbstschußorganisationen dienen ausschließlich reaktionären Zwecken, sie sind das Aufgebot der Monarchisten und Kapitalisten. Sie sind berufen, das durch die herrschende Wirtschaftsnote zur Verzweiflung getriebene Proletariat durch blaue Bohnen zur Raison zu bringen. Die Orgeß ist die Schutztruppe des Kapitals und der Stinnesregierung Fehrenbach-Simons. Sie muß verschwinden!

## Streiks und Aussperrungen 1919

### Die Statistik des I. D. G. B.

Die Nr. 51 des „Korrespondenzblattes“ des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes enthält eine Statistik der im Jahre 1919 geführten Lohnbewegungen der im Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten 32 Zentralverbände. Ueber Zahl, Umfang und Erfolg dieser Bewegungen entnehmen wir der Darstellung das Folgende:

Die Zahl der Lohnbewegungen belief sich im Jahre 1919 auf 26 433, die sich auf 42 249 Orte mit 340 168 Betrieben erstreckte, an denen 7 455 709 Personen, darunter 1 442 115 weibliche beteiligt waren. Die Beteiligung der weiblichen Organisierten ist gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen, eine Folge der nach dem Kriege eingetretenen härteren Beschäftigung der männlichen Arbeitskräfte. Gegenüber dem Jahre 1918 ist ein Steigen der Bewegungen um 15 374 mit 4 006 062 Beteiligten zu verzeichnen.

86,1 Prozent der gesamten Bewegungen mit 89,7 Prozent Beteiligten nahm einen friedlichen Verlauf, dagegen führten 15,9 Prozent zu Arbeitseinstellungen, wovon 764 460 Personen, darunter 103 263 weibliche betroffen wurden. Der größte Teil der Bewegungen wurde unternommen zur Erreichung von Lohnerhöhungen. Nur bei 237 Bewegungen mit 13 095 Beteiligten handelte es sich um Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Von den 3064 Bewegungen waren 3378 mit 636 665 Beteiligten Angriffsstreiks, denen Lohnforderungen und Verkürzung der Arbeitszeit und in wenigen Fällen nur Verkürzung von Arbeitszeit zugrunde lagen. Die geringe Zahl der aus letzterem Grunde geführten Bewegungen ist auf die gesetzliche Einführung des Achtstundentages zurückzuführen, wodurch ein altes Kampfziel der Gewerkschaften als erreicht angesehen wurde.

Aussperrungen wurden von den Unternehmern in 60 Fällen unternommen, die 68 008 Personen, darunter 23 747 weibliche betrafen. Die Veranlassung zu diesen waren Forderungen der Arbeiter, Nichtannahme von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und in 9 Fällen Streiks. Die Aussperrungen endeten zum größten Teil mit einem Mißerfolg für die Unternehmer.

Für die Durchführung der gesamten Bewegungen entfielen auf die beteiligten Zentralverbände Kosten im Gesamtbetrag von 38 882 375 Mark.

Die allgemeine ökonomische Lage Deutschlands, der Stillstand der Produktion und die Umstellung der Betriebe auf die Friedenswirtschaft, sowie der Mangel an Rohstoffen, erschwerten teilweise die erfolgreiche Durchführung der Kämpfe. Wenn trotzdem eine große Zahl der Bewegungen nennenswerte Erfolge aufzuweisen hatte, so lag das vor allem an der treibenden Kraft der Arbeiterschaft, die gegenüber der Unternehmer scharfen Widerstand nicht entgegenzusetzen wagten. Weiter aber habe auch die Vaterlandsliebe der Unternehmer dazu beigetragen, so behauptet das „Gewerkschaftliche Nachrichtenblatt“ des Gewerkschaftsbundes, dem wir die obigen Zahlen entnehmen. Er sagt dazu wörtlich das Folgende:

Unverkennbar war auch das Entgegenkommen der Unternehmer von dem Gedanken getragen, die beschränkte Aufbaumöglichkeit der Wirtschaft in Deutschland nicht durch schwere Arbeitskämpfe vollends zu zerstören.

Dieser ebenso lähnen wie naive Behauptung des Blattes wollen wir entgegenhalten, daß uns gerade die Erfahrungen des letzten Jahres gelehrt haben, daß zahlreiche Unternehmer ihre Betriebe aus dem Grunde geschlossen haben, weil ihnen nicht genügend Profite winkten, trotzdem ihnen Aufträge und Material in genügender Zahl vorlag.

Ebenso falsch ist es auch, wenn das Blatt weiter sagt: „Sieht man die Tätigkeit der aus der Kriegszeit übernommenen Schlichtungsinstanzen, die durchaus zugunsten der Arbeiterschaft wirkten, nach dieser Richtung (des Nachgebens zugunsten der Arbeiter) eingestellt.“ Demgegenüber brauchen wir nur an die Zusammenfassung der Schlichtungsausschüsse zu erinnern, um zu beweisen, wie wenig durch diese bisher für die Arbeiterschaft herausgeholt werden konnte.

Der Vergleich der Zahlen mit denen des Vorjahres zeigt, daß der Anteil der erfolgreichen Bewegungen höher, dagegen der der teilweise erfolgreichen geringere ist als 1918. So endeten 81,7 Prozent der Bewegungen (1918: 79,9) erfolgreich und 16,7 (1918) teilweise erfolgreich. Die ohne Erfolg gebliebenen waren gleich dem Vorjahre an Zahl unbedeutend. Der Ausgang einer großen Zahl von Bewegungen blieb infolge mangelhafter Berichterstattung unbekannt.

Die Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen verliefen günstig. Von diesen endeten 83 Prozent erfolgreich und 16,9 teilweise erfolgreich.

Der Erfolg der Bewegungen war der, daß eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für insgesamt 7 267 036 Personen erzielt wurde; 797 826 erreichten eine Verkürzung der Arbeitszeit und 6 470 260 eine Lohnerhöhung. Durchschnittlich wurde für jede Person eine Arbeitszeitverkürzung von 7 1/4 Stunden und eine Lohnerhöhung von 22,31 Mark durchgesetzt.

Zu Abschließen von Tarifverträgen kam es anlässlich der Bewegungen in 11 501 Fällen, die für 4 600 879 Personen Geltung hatten.

Bei der Beurteilung aller dieser Erfolge muß noch berücksichtigt werden, daß bei der Statistik eine große Zahl von Verbänden nicht erfasst ist, auch die Berichterstattung der einzelnen Ortsgruppen an die Verbände ist oft sehr mangelhaft, so daß in Wirklichkeit ein günstigeres Resultat in die Erschöpfung treten würde. Das Jahr 1920 wird voraussichtlich ähnliche Resultate ergeben, wenngleich schon jetzt Anzeichen dafür vorhanden sind, daß der Widerstand der Unternehmer gegen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen immer größer wird. Deshalb wird es Aufgabe der Gewerkschaften sein, in geschlossener Front gewappnet zu bleiben.

## Aus aller Welt

### 2000 Tote durch ein Erdbeben

I. H. Kewson, 24. Dezember.

Ein Kabeltelegramm aus Schanghai, datiert vom 22. Dezember, teilt mit, daß in der Provinz von Kansu, die schon durch die jüngeren Erdbeben am 18. Dezember 2000 Mann ums Leben gekommen sind,

## Vor Weihnachtsabend

Hoch über den Verirrungen menschlicher Religiosität stehend ist uns das Weihnachtsfest in jedem Jahre ein neues Erlebnis. Nicht weil jener Jude Jesus einst in selbstloser Hingabe den Böllern der Erde das Heil gebracht haben soll, nicht weil vor fast zwei Jahrtausenden ein Mensch als Sohn Gottes geboren sein soll: uns ist Weihnachten ein Fest des Friedens und der inneren Harmonie. Und es ist uns ein Fest der Weisheit, an dem uns der Wunsch befeelt, allen Menschen eine Freude zu machen. Allen! Und besonders die Kerzchen der Armen sind es, deren wir an diesem Tage gedenken, mit wehmütigem Mitleid, aber auch mit starkem Vertrauen auf eine Welt, in der die Nacht zum Licht und das Licht zur Nacht werde.

Wir wollen uns vor aller Welt zum Glauben an die sittliche Weltordnung bekennen, die, losgelöst von falscher Religiosität, aber erfüllt vom Segen der Wahrheit und der Gerechtigkeit, ein Reich des Friedens und der menschlichen Solidarität begründen soll. Das Leben ist und bleibt ein Kampf. Und diesen Kampf mit dem Schwert des Geistes und der Schärfe des Verstandes aufzunehmen und energisch weiterzuführen bis zur Erreichung unseres Zieles, sei unser Gelübnis am Weihnachtsfest:

Auf, ihr Massen! Aufgewunden eure Anker! Frisch von hinnen! Illeget, bis ihr Schimmern sehet eurer Zukunft goldne Linien!

F. C.

Der Neubau der Staatsschulden-Verwaltung. Der Bund deutscher Architekten ist jetzt beim Reichsministerium wegen des Neubaus der Reichs- und Staatsschuldenverwaltung in Berlin vorstellig geworden. Der Entwurf von Bauleiter war nach langer bürokratischer Leidensgeschichte von der Baupolizei abgelehnt worden, denn er unterschied sich vom Schema 31. Bauleiter entwarf ein ovales Bauwerk von etwa 40 Metern Höhe. Der Bund deutscher Architekten macht nun mit Recht geltend, daß es durchaus nicht Aufgabe der Baupolizei ist, zu prüfen, ob dieser Volkenträger den nachbarschaftlichen Lust und Licht wegnähme. Das wird wohl ein Künstler vom Range Bauleiters auch beurteilen können. Die Baupolizei hat sich auf die Beurteilung des Entwurfes auf Feuer- und staatliche Sicherheit hin zu beschränken. Wenn nun trotzdem der landläufige Entwurf des Bauwerks von Bundel ausgeführt werden soll, so wird wieder einmal eine außer-gewöhnliche künstlerische Leistung hinter die Durchschnittsarbeit eines Baubeamten zurückgestellt. — Wogegen mit Recht zu protestieren ist.

## Tages-Notizen

Verleideliche Werbefaltblätter. Die Weihnachtsfeier des 8. Divisions-Regiments am 23. Dezember, vorm. 10 1/2 Uhr, im Kolo-Theater hall.

Thesen: Die nächste Eröffnung der Volkshochschule bringt von Rabindranath Tagore „Das Volk“ und Spätklassiker „König der Tränen“.

es Stückes mit je 6 Wochen Gefängnis bestraft werden sollen, so schon für die Erstaufführung mit 12 Wochen.

Hat man eine solche Schamlosigkeit schon erlebt? Die dümmsten und effenstülpigsten Mäuler haben mit solchen Mitteln den so genannten „Schmutz“ in der Kunst niemals bekämpft. Das blieb ihrem rechtssozialistischen Kultusminister vorbehalten.

Ein einziger Ruf des Unwillens ging durch den Saal. Er verstand sich in stürmischen Beifall, als Frau Eschold erklärte, der Vorhang wird heute abend trotzdem in die Höhe gehen.

Der Vorhang ging in die Höhe, es wurde gespielt. Es war in nach mehreren Szenen starker und reiner Erfolg des Dichters. Die seelische Zartheit des Werkes wurde durch die Aufführung überhaupt erst entdeckt, obwohl gerade die Frauenrollen ganz schwach gespielt wurden.

Schnitzler hat seit gut zehn Jahren nichts mehr von Befang geschrieben. Der „Reigen“ ist eins seiner besten, sein eigenstes und essenziellstes Mäuler haben mit solchen Mitteln den so genannten „Schmutz“ in der Kunst niemals bekämpft. Das blieb ihrem rechtssozialistischen Kultusminister vorbehalten.

So wie der „Vorwärts“ alle Schritte Roskes verteidigt hat, hilft er jetzt Haenisch. Er findet kein Wort des Tadels dafür, daß Haenisch in Rietschvertrag (1) zur Begründung eines Verbots einer Dichtung vorgeht. Für das Verbot selbst hat er sogar Begründung vorgebracht. Er meint, daß die zum Teil troffen Szenen bestimmt Parabelstücke (1) der Bühne sind. Man führt auch Achilnos haloge nicht auf. Parabelstücke zum Parateiler Kre- woz nicht geschrieben. Der Vergleich mit dem Itallener Kre- woz beweist dagegen, daß die Kenntnis von Kreino und von Schnitzler beim betreffenden Redakteur gleich gering ist. Während Schnitzler beim betreffenden Redakteur aller Zeiten ist, dessen Ähnlich Kreino der größte Jotendichter aller Zeiten ist, enthielten haloge zum Teil traffe Anweisungen zu Personen enthielten, haloge zum Teil traffe Charakteristiken, in denen die Rem- woz Schnitzlers Dialoge zarte Charakteristiken sind. Der Vergleich Haenisch hat daher nur den Zweck, das Verbot „stillsch“ zu

Da Herr Haenisch Frau Eschold einsperren wird, wollen wir warten. Aber das Gerücht davon möchten wir doch erleben. Aber um lesen zu können, wie der „Vorwärts“ auch das noch ver- F. St. folgen wird.

